



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen
des Bündnisses „Rettet die Familie“**

Wahlprüfstein zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014

Der Amsterdamer Vertrag (1997) machte die „Gleichstellungspolitik“ zu einem Anliegen der Europäischen Gemeinschaft. Das patriarchalische Denken, das Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen geleistet wurden (Kindererziehung, Krankenpflege) gegenüber der überwiegend von Männern ausgeübten Erwerbsarbeit diskriminierte, sollte überwunden werden.

Dieses Denken gipfelte in (West-) Deutschland in der Rentengesetzgebung (bes. Rentenreform 1957). Die bis dahin geltende Bindung der Altersversorgung an die Erziehung von Kindern im Rahmen des familiären Generationenvertrages wurde gelöst. Die Versorgungsansprüche gegenüber der Kindergeneration wurden stattdessen an Erwerbsarbeit gebunden. Die fast ausschließlich von den Frauen erzogenen Kinder wurden verpflichtet, vor allem an Männer und kinderlose Frauen Renten zu zahlen. Mütter gingen weitgehend leer aus, obwohl sie durch ihren Arbeitseinsatz dafür gesorgt haben, dass alle Bürger später Renten erhalten können.

Da der Anteil kinderloser Frauen wuchs und die Väter die Benachteiligung der Mütter mittragen mussten, wandelte sich die Diskriminierung der Frauen immer mehr zu einer solchen der Eltern.

Auf diesem sozialhistorischen Hintergrund wird „Gleichstellungspolitik“ heute in unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Weise aufgefasst.

Einerseits wird darunter „Gleichberechtigungspolitik“ verstanden. Jede Tätigkeit, unabhängig davon, ob von Frau oder Mann ausgeübt und unabhängig von ihrer Art, soll allein an ihrem Wert für andere bemessen und honoriert werden. Daraus folgt, dass die Erziehungsleistung der Eltern dann von der Allgemeinheit zu honorieren ist, wenn die Kinder gesetzlich verpflichtet werden, später die Altersversorgung aller Erwerbstätigen zu finanzieren. Dadurch soll sowohl die Diskriminierung der Frauen als auch der Eltern abgebaut werden.

Ein anderes Verständnis von „Gleichstellungspolitik“ hält die Gleichberechtigung der elterlichen Erziehungsleistung nicht für möglich, da sie als minderwertiger angesehen wird als Erwerbsarbeit. Damit wird das patriarchalische Denken verinnerlicht, das eigentlich überwunden werden sollte. Die Diskriminierung der Frauen soll aufgehoben werden, indem sie in möglichst gleichem Umfang wie die Männer erwerbstätig sind. Die Kindererziehung soll weitgehend in staatliche Betreuung überführt werden. Diese „Angleichungspolitik“ räumt dem Staat ein Bevormundungsrecht gegenüber Eltern ein, das ihnen ihre Entscheidungsfreiheit nimmt. Auf diese Weise können aber Mütter und Väter, die ihre Kinder selbst betreuen wollen, niemals gleichberechtigt werden.

Frage: Wie wird Ihre Partei im Europäischen Parlament den Auftrag zur „Gleichstellungspolitik“ verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?

Antwort:

Die CDU Deutschlands ist davon überzeugt, dass Eltern am besten entscheiden können, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag ihrer Familie gestalten. Deswegen finden alle Mütter und Väter unsere Anerkennung und Unterstützung. Ziel unserer Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie

ihre Vorstellungen auch umsetzen können. Vorrang vor allen gesetzlichen Regelungen hat für uns die Wahlfreiheit. Im Zentrum aller Bemühungen, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, muss dabei das Wohl des Kindes stehen. Dafür wollen wir uns auch im Europäischen Parlament einsetzen.

Die meisten Eltern wollen ihr Kind gerade im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen. Um das besser zu ermöglichen, hat die CDU das Elterngeld eingeführt. Um Eltern noch mehr Freiräume bei der Gestaltung der Elternzeit zu geben, wollen wir ein Teilelterngeld einführen.

Wir wollen die Teilhabe von Frauen, insbesondere von Alleinerziehenden, am Arbeitsmarkt und die partnerschaftliche Aufteilung von Familienarbeit durch ein ElterngeldPlus fördern. Das ElterngeldPlus soll Kinderbetreuung und Berufstätigkeit gerade in den ersten Lebensjahren eines Kindes erleichtern.

Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik bezieht auch Männer mit ein. Wir wollen die Rolle des aktiven Vaters in der Kindererziehung und Familie weiter stärken. Erforderlich sind bessere Rahmenbedingungen, damit Väter und Mütter Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufteilen und Männer eine engagierte Vaterschaft leben können. Das Ziel ist es, die Vätermomente auszubauen und das Angebot an Teilzeit- und vollzeitnahe Arbeitsplätzen zu vergrößern.

Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb machen wir uns stark für eine moderne lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unterstützt, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren. Wir wollen Familien wieder zum Taktgeber des Lebens machen: Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe sollen die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Zeitpolitik befördert wesentlich Wahlfreiheit und ein partnerschaftliches Zusammenleben in Familien.

Unsere Familienpolitik hat zum Ziel, die Partnerschaftlichkeit zu fördern und durch die angesprochenen Maßnahmen Rahmenbedingungen zu schaffen, die einer Benachteiligung von Frauen und Müttern entgegenwirken.